

Frage	Janny Armbruster (Bündnis90/Die Grünen)	Lutz Boede (die aNDERE)	Götz Th. Friedrich (CDU)	Mike Schubert (SPD)	Martina Trauth (parteilos, Die Linke)
<p>1. Wie nehmen Sie die Stadt Potsdam im Bereich Barrierefreiheit wahr?</p>  <p>BürgermeisterInnenwahl 2018 Antworten der Kandidatinnen und Kandidaten zu den Wahlprüfsteinen</p>	<p>Ich bin selbst schwerbehindert und setze mich an der Universität Potsdam, meinem Arbeitsplatz, für die Belange schwerbehinderter Kolleginnen und Kollegen ein. Ich bin also mit vielen Problemen behinderter Menschen sehr vertraut. Deswegen weiß ich auch, dass Potsdam noch weit davon entfernt ist, eine barrierefreie Stadt zu sein. Das beginnt bei den alten Trams und endet bei fehlenden Informationssystemen. Insbesondere für Rollis, seh- und hörbehinderte Menschen gibt es im Alltagsleben noch viele Hürden, die sie überwinden müssen.</p>	<p>In Potsdam gibt es noch sehr viele Barrieren abzubauen, die Menschen mit Behinderung die Teilnahme am öffentlichen Leben erschweren. Bei Bauvorhaben bleibt die Barrierefreiheit häufiger auf der Strecke, weil die Stadt nach barockem Vorbild saniert wird. Das führt zu Kopfsteinpflasterstraßen oder Gebäuden, die nicht stufenlos erreichbar sind und über Toiletten verfügen, in denen Rollstuhlfahrende zu wenig Platz haben. Ich bezweifle, dass das Problem schon richtig im Stadthaus angekommen ist. Als Beispiel möchte ich mal den Aufzug im Stadthaus nennen. DIE aNDERE hat jahrelang auf den Einbau eines Liftes gedrängt, der vom Haupteingang gut erreichbar ist. Nachdem immer wieder behauptet wurde, dass aus denkmalrechtlichen Gründen kein Aufzug eingebaut werden kann, wurde er nun endlich gebaut. Aber man muss auf geschwungenen Wegen über ekelhaftes Kopfsteinpflaster und Bürsten im Vorraum, um diesen Aufzug zu erreichen. Wer denkt sich so etwas bloß aus?</p>	<p>In vielen Bereichen ist Barrierefreiheit in Potsdam in der Tat noch nicht verwirklicht. Ich denke nur an die alten Tatrabahren, aber dazu später. Mein Ziel ist nicht nur eine Teilhabe am öffentlichen Leben, sondern die aktive Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürgern. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten und dazu gehört eben auch die Barrierefreiheit in unserer Stadt. Aus meinem christlichen Menschenverständnis heraus sind alle Menschen gleichberechtigt mit gleichen Rechten in der Stadt. Einfache Sprache: In Potsdam gibt es viele Barrieren. Das muss sich ändern. Ich denke da an die Straßen - Bahnen mit Treppen. Aber auch in anderen Bereichen ist Potsdam nicht barrierefrei. Mein Ziel ist: Alle Menschen sollen mitmachen. Das ist mehr als teilhaben. Als Christ glaube ich, dass alle Menschen gleiche Rechte haben.</p>	<p>Im Bereich des ÖPNVs hat sich schon viel getan. Haltestellen wurden so angelegt, dass die Menschen ebenerdig in die Bahnen können, Niederflurbahnen fahren, Ansagen über die Anbindungen werden im Außenbereich gemacht. Hier sind wir auf einem guten Weg. Aber es gibt noch viel zu tun: Behindertenleitsysteme müssen aktualisiert werden, die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum muss weiter verbessert werden. Einfache Sprache muss in Behörden, Ämtern, im Krankenhaus eingeführt werden. Bei neuen Projekten muss das alles von Anfang an mitgedacht und geplant werden.</p>	<p>Potsdam hat in Bezug auf Barrierefreiheit in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Dennoch ist nach meiner Einschätzung noch viel Engagement nötig, um innere und äußere Barrieren abzubauen; Immer noch werden Menschen mit Behinderung darauf reduziert, was sie alles nicht können. Eine Erfahrung, die Menschen ohne Behinderung in der Regel nicht erleben. Wichtig ist, dass finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um weiterhin bauliche Barrierefreiheit abzubauen. Auch die Zusammenarbeit mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung ist mir bei der Umsetzung von Barrierefreiheit wichtig.</p>
<p>2. Wie würden Sie als zukünftige Oberbürgermeisterin die Inklusion in der Stadt voranbringen?</p>	<p>Allen Bürgerinnen und Bürger muss es möglich sein, sich am Stadtleben Beteiligten zu können. Ich werde mich deshalb dafür einsetzen, dass barrierefreie Hineinbegeben in öffentliche Gebäude und das Bewegen in der Stadt für alle möglich ist. Auch soll jeder Mensch die städtischen Angebote und Dienstleistungen nutzen können. Den Beauftragten für Menschen mit Behinderung, Christoph Richter, werde ich verpflichten, sich noch stärker als bisher für gelebte Inklusion einzusetzen und zur Durchsetzung der Integrationsziele mit Partnern wie dem Behindertenbeirat oder Vertretern der Politik noch enger zusammen zu arbeiten. So erzielen wir wichtige Teilerfolge auf den Weg zu einer „Stadt für Alle“. Kürzlich beispielsweise haben wir Grünen für den Sport einen Vorschlag des Beirats und des Behindertenbeauftragten aufgegriffen und in der Stadtverordnetenversammlung zu einem Beschluss gebracht. Es wird künftig eine zentrale Ansprechperson Informationen über inklusive Sportangebote bündeln und ein „Netzwerk inklusiver Sport“ mit Schulen, Vereinen, Selbsthilfeverbänden oder Einrichtungen der Behindertenhilfe bilden. Weiterhin soll ein barrierefreies Informationsportal mit Sportangeboten für Menschen mit und ohne Behinderung aufgebaut werden. Ähnlich also wie hier zum Sport stelle ich mir meine Arbeit als Oberbürgermeisterin vor. Mit Unterstützung des Behindertenbeirats können wir gemeinsam Entscheidungen vorbereiten, die Inklusion in Bildung, Kultur und Arbeit erleichtern.</p>	<p>In der Verwaltung muss endlich überall verstanden werden, dass die Teilhabe am öffentlichen Leben ein Menschenrecht ist. Öffentliche Einrichtungen sollen generell so gestaltet sein, dass sie für alle Bürger*innen möglichst problemlos und selbstständig erreichbar sind und genutzt werden können. Wer darüber hinaus Unterstützung benötigt, um ein selbstbestimmtes Leben zu organisieren, muss diese Mittel (z.B. im Rahmen eines persönlichen Budgets) schnell und unbürokratisch erhalten.</p>	<p>Ich sehe Inklusion als Querschnittsthema an. Daher ist es richtig und wichtig, dass das Inklusionsgremium der Stadt eben auch entsprechend breit aufgestellt ist. Als Oberbürgermeister werde ich dafür sorgen, dass Inklusion auch tatsächlich als Querschnittsthema behandelt wird – das gilt für alle Bereiche. Ich halte nicht viel davon, Inklusion zu verwalten, mir geht es als neuer Oberbürgermeister darum, Inklusion proaktiv und pragmatisch mit allen Beteiligten voran zu treiben. Ich will auch in diesem Bereich kein Oberverwaltungsmeister sondern Oberbürgermeister sein. Ich weiß, wie wichtig das Thema ist – und ich bin hier top informiert: In unserer Fraktion nimmt aus bekanntem Grund das Thema einen prominenten Platz ein. Einfache Sprache: Inklusion geht alle an. Inklusion bedeutet für mich: Mit - einander. In der Stadt gibt es ein Inklusions - Gremium. Als Ober - Bürger - Meister möchte ich Inklusion mit allen besprechen. Gerade mit Menschen mit Behinderung. Ein Ober - Bürger - Meister muss ein Bürger - Meister für alle sein. Ich will nicht nur verwalten. Inklusion ist ein wichtiges Thema. Ich bin da sehr gut informiert. In unserer Fraktion wird das Thema schon lange ernst genommen und auch gelebt.</p>	<p>Wir haben ja das Büro für Chancengleichheit, es ist nicht umsonst dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet. Ein regelmäßiger Bericht und Austausch ist mir wichtig, um zu sehen, wie es vorangeht. Hinzu kommt der Beirat für Menschen mit Behinderungen. Auch hier nehme ich mir die Zeit für einen Austausch und zum Gespräch. Es ist mir wichtig, dass sie als Fachleute eine Möglichkeit haben, zu reden und aufmerksam zu machen. Auf der Grundlage kann ich dann weitere Schwerpunkte setzen und Dinge anschieben.</p>	<p>„Es ist normal, anders zu sein“. Diesen Leitgedanken der UN-Behindertenrechtskonvention möchte ich in Potsdam vorantreiben. Ich möchte, dass alle Menschen mit Behinderungen ihren Platz mitten in der Gesellschaft haben. Der vor mehr als drei Jahren veröffentlichte Lokale Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam und seine Fortschreibung stellen für mich die verbindliche Grundlage dar, um die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention und die Inklusion in Potsdam umzusetzen.</p>
<p>3. Werden Sie sich dafür einsetzen, Potsdams Haltestellen flächendeckend mit Außenansagen auszustatten?</p>	<p>Für Menschen mit Behinderungen ist der öffentliche Nahverkehr oft die einzige Möglichkeit, selbstständig am öffentlichen Leben teilnehmen zu können und von A nach B zu kommen. Deswegen ist die barrierefreie Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs enorm wichtig. Ich möchte so rasch als möglich in einem ersten Schritt für blinde Fahrgäste Ansagen an Haltestellen, in Bussen und Straßenbahnen testen und dann gemeinsam mit Ihnen und den Verkehrsbetrieben beraten, wann und in welchem Zeitraum wir Außenansagen in Potsdam einführen.</p>	<p>Ja.</p>	<p>Ja, ich bin dafür, die Haltestellen in Potsdam mit Außenansagen zu versehen (siehe dazu auch Artikel 4 a Behindertenrechtskonvention der UN) – aber ich sage auch: Das kostet Geld und dazu bedarf es – ich will hier ganz ehrlich sein – auch eines entsprechenden Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung. Ich setze hier nicht zuletzt im nächsten Jahr auch auf neue Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung. Einfache Sprache: Ich bin dafür, dass Fahrpläne mit einem Lautsprecher angesagt werden. Dazu gibt es ein Gesetz der UN. Aber ehrlich: Das kann ich nicht alleine entscheiden. Lautsprecher kosten Geld. Das müssen die Stadt - Verordneten entscheiden. Ich hoffe, das im nächsten Jahr mehr Stadt - verordnete gewählt werden, die mich in dieser Sache unterstützen.</p>	<p>Ja, unbedingt. Es ist ja im Grunde für alle Fahrgäste eine große Hilfe, wenn es Ansagen gibt. Ich denke da z.B. auch an unsere älteren Mitbürger.</p>	<p>Die Überprüfung der Nachrüstung von Straßenbahnen und Bussen mit Außenlautsprechern ist insbesondere für Menschen mit Sehbehinderung wichtig. An den Knotenpunkten ist dies bereits geschehen. Jetzt müssen auch in der Peripherie Lautsprecher installiert werden. Hier ist die Zusammenarbeit mit dem VIP und dem Beirat für Menschen mit Behinderung wichtig.</p>
<p>4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bestehende Richtlinien besser umgesetzt werden, damit Potsdams Bürgersteige auch für Menschen mit Behinderungen überall passierbar sind?</p>	<p>Wir sind als Kommune dazu verpflichtet, bis zum 1. Januar 2022 für eine vollständige Barrierefreiheit im Nahverkehr zu sorgen. Erst kürzlich berichtete der Behindertenbeauftragte der Stadt, dass es Fortschritte beim barrierefreien Ausbau von Fahrzeugen und Straßen gibt, dass aber das Ziel bis zum 1. Januar 2022 nicht erreicht wird. Diese Aussage werde ich als Oberbürgermeisterin zum Anlass nehmen, nach den Gründen zu fragen, Druck zu machen und rasch offen zu legen, wann und wie die Gesetzesauflagen für eine Barrierefreiheit erfüllt werden.</p>	<p>Insbesondere bei denkmalgeschützten Kopfsteinpflasterstraßen und Straßen mit hohen Bordsteinanteilen muss das Ordnungsamt dafür Sorge tragen, dass Einfahrten und abgesenkte Bordsteinanteile nicht zugesperrt werden. Falsch geparkte Autos sollten schnell abgeschleppt werden. Aber auch Werbeauftragter, Stühle und Tische müssen bei Bedarf entfernt werden.</p>	<p>Bezüglich abgesenkter Gehwege sind verschiedene DIN Normen beim Bauen und im öffentlichen Raum zu beachten. Selbstverständlich werde ich darauf achten, dass bei Neubauten und Neuplanungen diese Normen eingehalten werden und Gehwege gemäß ihres gesetzlichen Auftrages auch von allen benutzt werden können. Das gilt auch für Orientierungshilfen für blinde Mitbürger und Mitbürgerinnen. Einfache Sprache: Es gibt Normen beim Bauen. Als Ober - Bürger - Meister werde ich darauf achten. Neue Bauten müssen diese Normen einhalten. Gehwege müssen barrierefrei werden. Blinde Mitbürger und Mitbürgerinnen brauchen mehr Hilfe im Verkehr.</p>	<p>Ich werde mich in allen Bereichen der Verwaltung dafür einsetzen, dass bestehende Richtlinien besser umgesetzt werden.</p>	<p>Eines meiner sechs Wahlziele lautet, dass ich als Oberbürgermeisterin den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und den Ausbau von Wegen barrierefrei gestalten werde. Ich werde auch die Werbesatzung der Stadt so anpassen, dass ein barrierefreies Passieren der Gehwege in der Landeshauptstadt möglich ist, insbesondere auch in der Innenstadt.</p>
<p>5. Die hochflurigen Trams werden voraussichtlich noch eine Weile im Einsatz sein. Wie kann man diese Situation Ihrer Meinung nach für Menschen mit Behinderungen, aber auch für Menschen mit Rollator oder Kinderwagen besser verträglich gestalten und lange Wartezeiten verhindern?</p>	<p>Gegenwärtig sind einige unserer Trams nicht barrierefrei, wodurch Rollstuhlfahrer gar nicht und Fahrgäste mit Rollator und Kinderwagen nur mit größeren Schwierigkeiten in diesen Zügen mitfahren können. Das bedeutet für den Einzelnen längere Wartezeit. Das Problem wird erst gelöst sein, wenn wir in Potsdam nur noch mit Niederflur-Fahrzeugen unterwegs sind. Als Oberbürgermeisterin werde ich mich im Aufsichtsrat der Potsdamer Verkehrsbetriebe dafür stark machen, dass der Austausch der hochflurigen Trams schneller geht als geplant. In der Übergangszeit können wir uns gemeinsam mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen überlegen, was wir noch unternehmen können (bessere Informationen, Rufbus oder ähnliches)</p>	<p>Zunächst einmal muss der Verkehrsbetrieb genug Personal einstellen, um den regulären Fahrplan endlich zuverlässig zu erfüllen. Denn ausgeklügelte Systeme oder die Information, wann barrierearme Fahrzeuge eingesetzt werden, nutzen ja nur, wenn man sich darauf verlassen kann.</p>	<p>Ganz ehrlich – es ärgert mich auch, dass die für viel Geld erneuerten Tatrabahnen fast nur mit einer „Bergsteigerausrüstung“ betreten kann. In unserer modernen Welt ist es ein Skandal. Generell werde ich mich dafür einsetzen, die Flotte der VIP zu modernisieren – auch hier sage ich ehrlich: Hier müssen wir dringend investieren, auch wenn das kostet. Auch hier setze ich auf entsprechende Mehrheiten in der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung. Zunächst müssen wir aber absolut sicherstellen, dass zumindest jede zweite Bahn eine Niederflurbahn ist. Das muss zuverlässig geregelt sein. Einfache Sprache: Das ärgert mich auch. Straßenbahnen mit Treppen sind Barrieren für Menschen mit Behinderung. Das darf nicht sein. Als Oberbürgermeister werde ich mich einsetzen: Jede 2. Bahn muss barrierefrei werden. Auch hier gilt: Das kann ich nicht alleine entscheiden. Moderner barrierefreier Verkehr ist teuer. Das müssen die Stadt-Verordneten entscheiden. Das sind Vertreter der Bürger und Bürgerinnen in Potsdam. Nächstes Jahr werden auch die Stadtverordneten neu gewählt.</p>	<p>Eine Möglichkeit wäre, eine Art Assistenz in diesen Bahnen mitfahren zu lassen, die denen hilft, die Hilfe benötigen. Das wäre zudem auch sehr kundenfreundlich. Das werde ich mit dem Verkehrsbetrieb besprechen.</p>	<p>Bis 2022 soll eine vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr erreicht werden, wie es das Personenbeförderungsgesetz vorschreibt. Die alten Tatrabahnen sind wenig zeitgemäß und lassen mit ihren hohen Treppenstufen einen barrierefreien Einstieg nicht zu. Deswegen werden die Routen, die von den alten Bahnen bedient werden, gesondert ausgewiesen. Ich möchte, dass die Trams nicht hintereinanderfahren und dass sie verteilt werden auf allen Strecken. Bei den Linien Fontanestrasse und Glienicke Brücke sollten keine Tatrabahnen eingesetzt werden, da auf diesen Strecken wichtige Einrichtungen wie z.B. das Klinikum Ernst von Bergmann oder auch Pflegeunterkünfte liegen. Die Tatrabahnen sind eine Notlösung. Angesichts des starken Wachstums Potsdams brauchen wir Niederflurbahnen. Hier sehe ich auch das Land in der Pflicht, mit dem ich mich intensiv über die Bereitstellung von Fördermitteln auseinandersetzen werde.</p>
<p>6. Was werden Sie unternehmen, damit „Pannen“ wie zum Beispiel zu wenig kontrastreiche Fahrstuhlknöpfe oder Türen ohne automatischen Türöffner in öffentlichen Gebäuden vermieden werden können?</p>	<p>Solche Vorkommnisse sind extrem ärgerlich. Um solche Fehler zu vermeiden, kann man dafür Sorge tragen, in die Beschaffungsrichtlinien der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer kommunalen Unternehmen Hinweise zur Beachtung von Barrierefreiheit oder Barriere-Armut verbindlich zu verankern.</p>	<p>Ich habe den Eindruck, dass in der Bauverwaltung mehr Menschen gebraucht werden, die wissen, worauf es bei einer inklusiven und barrierefreien Umgestaltung öffentlicher Räume ankommt. Deshalb würde ich bei der Einstellung von Mitarbeiter*innen großen Wert auf zusätzliche Qualifikationen im Bereich der Barrierefreiheit legen und das aktuelle Personal weiterbilden.</p>	<p>Pannen entstehen in der Regel durch unachtsames und unüberlegtes Vorgehen. Wie ich oben bereits angedeutet habe, für mich ist Inklusion ein Querschnittsthema – entsprechend müssen wir bei allen Beteiligten eine entsprechende Sensibilität schaffen. Einfache Sprache: Für mich ist ein barrierefreies Bürger-Amt sehr wichtig. Dann können alle Menschen mit Behinderung Ihre Dinge regeln. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf den Ämtern sollen und wollen helfen. Wir alle müssen achtsam miteinander umgehen.</p>	<p>Siehe Frage 4 und die Mitarbeiter der Verwaltung weiter sensibilisieren, dass das ein wichtiges Thema ist.</p>	<p>Ich werde als Oberbürgermeisterin Haltung zeigen zu Inklusion und Barrierefreiheit und zu Toleranz und Vielfalt in unserer Stadt. Die Sensibilität für die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude hat meines Erachtens in den letzten Jahren zugenommen. Um Pannen bestmöglich zu vermeiden werde ich eine intensivere Aufklärung und Beratung durch die Baubehörde veranlassen. Außerdem möchte ich, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung bei allen öffentlichen Bauvorhaben von Anfang an miteinbezogen wird.</p>
<p>7. Sind Sie der Meinung, dass Barrierefreiheit bei Neubauten der Standard sein sollte?</p>	<p>Ja. Aber, die Herstellung einer umfassenden Barrierefreiheit bei Neubauten und mindestens Barriere-Armut bei vorhandenen Gebäuden ist ein Prozess, der nur über einen längeren Zeitraum erfolgen kann. Die gesetzlichen Vorschriften allein reichen eben nicht aus. Wir müssen Architekten, Stadtplaner, Medien, Politiker und auch die Unternehmer dafür sensibilisieren, dass sich die Grundgedanken einer „Stadt für Alle“ überall durchsetzen und damit auch eine höhere Barrierefreiheit erreicht werden kann.</p>	<p>Selbstverständlich. Und das gilt auch, wenn das mehr kostet.</p>	<p>Kurze und knappe Antwort: Klar, selbstverständlich. Laut UN Behindertenrechtskonvention müssen Menschen mit Behinderung auch die Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglicht werden, deswegen sind wir schon verpflichtet so zu handeln. Einfache Sprache: Ja, Häuser, Ämter und Straßen müssen barrierefrei werden.</p>	<p>Ja, unbedingt.</p>	<p>Ja, insbesondere auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels finde ich das sinnvoll. Weil wir Menschen immer älter werden und damit Mobilitätseinschränkungen zunehmen.</p>
<p>8. Wie kann in Potsdam Ihrer Meinung nach mehr bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum geschaffen werden?</p>	<p>Dieses Thema betrifft viele Menschen in unserer Stadt. Es wird eine der dringlichsten Aufgaben in unserer Stadt sein, trotz schnellen Wachstums der Bevölkerung bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. Ich setze mich dafür ein, dass Wohnraum mit bezahlbaren Mieten in Potsdam erhalten bleibt und neu geschaffen wird. Um soziale Segregation und Gentrifizierung zu vermeiden, brauchen wir in Potsdam mehr städtische und genossenschaftliche Wohnungen und mehr sozial geförderten Wohnraum. Ich unterstütze den Bau neuer Wohnungen in der Innenstadt und den Stadtteilen auch mit Belegungsbindung, um Mieten bezahlbar zu halten. Ich werde mich für soziale Wohnungsbauprojekte und Mehrgenerationenhäuser und die Schaffung neuer Wohnheimplätze für Studierende einsetzen. Potsdam braucht zudem ausreichende Angebote für Obdachlose zur bedarfsgerechten Versorgung betroffener Mitbürger. Eine meiner ersten Aufträge als Oberbürgermeisterin an die Verwaltung wird sein, mir eine Bestandsaufnahme darüber vorzulegen, welche wirksamen Maßnahmen die Stadt dafür ergreifen kann.</p>	<p>Die Schaffung von preiswerten und bedarfsgerechten Wohnungen ist eine große Herausforderung. In der Regel ist es einfacher, preiswerten Wohnraum im Bestand zu sichern, als durch Neubau zu schaffen. Der Neubau barrierefreier Wohnungen ist meist kostspielig und auch deshalb für private Unternehmen selten lukrativ. Daher muss die Stadt und ihr städtisches Wohnungsunternehmen selbst aktiv werden. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass Häuser mit barrierearmen Wohnungen auch höher gebaut werden, um die Kosten z.B. für den Lift pro Wohnung zu senken.</p>	<p>Nun, ich denke, dass im privaten Wohnungsbau immer mehr Menschen schon automatisch auf Barrierefreiheit achten. Wenn Menschen, die heute um die 50 Jahre sind, ein neues Haus bauen, dann denken sie Barrierefreiheit heutzutage schon automatisch mit. Das ist gut. Hier hat bereits ein Mentalitätswandel stattgefunden (siehe dazu auch Artikel 8, (1a) – das ist im Übrigen auch eine Voraussetzung, um im Alter möglichst lange selbstständig und unabhängig wohnen bleiben zu können. Einfache Sprache: Viele Menschen denken schon an barrierefreies Wohnen. Sie wollen lange ohne Hilfe und im eigenen Haus leben.</p>	<p>Durch die Konzeptvergabe. Wir sehen es ja aktuell bei der Bebauung der Mitte, wo auch die Wohnungsbaugenossenschaften viel bauen werden. Auch die neue Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt, ProPotsdam, den Genossenschaften und dem Studentenwerk für sozialen Wohnraum ist ein guter Schritt.</p>	<p>Für mich ist Wohnen ein Grundrecht. Ich stehe für den Erhalt städtischen Eigentums und eine aktive Bodenpolitik in Potsdam. Als Oberbürgermeisterin werde ich in allen Quartieren eine feste Quote von 30 Prozent sozialen Wohnraums mit dauerhafter Belegungsbindung sichern. Ich werde Teile des städtischen Wohnungsunternehmens Pro Potsdam in die Gemeinnützige überführen und damit leistbare Mieten für einkommensschwache Haushalte ermöglichen. Außerdem möchte ich eine Anlaufstelle für Wohnprojekte in der Stadt schaffen, die Informationen bereitstellt und die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum sowie inklusiven Wohnprojekten in Zusammenarbeit mit Pro Potsdam und weiteren Vermietern befördert.</p>
<p>9. Wie wollen Sie Potsdam als inklusive und barrierefreie Stadt so gestalten, dass gemeinsames Leben in allen Schulen grundsätzlich möglich ist?</p>	<p>Schule und Bildung ist Landesaufgabe. Brandenburg hat sich 2012 auf den Weg zu einer inklusiven Schullandschaft gemacht. Die „Schule für gemeinsames Lernen“ ist ein wichtiger Schritt zur inklusiven Schule, in der alle Schüler*innen und Schüler ein schulisches Angebot finden, das ihren Fähigkeiten, Leistungen und Neigungen entspricht. Aktuell gibt es elf Schulen in Potsdam für gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne besonderen Unterstützungsbedarf. Da gerade im Grundschulbereich das Prinzip gelte sollte „keine Beine, kurze Wege“, sollten wir hier für ein besseres Angebot sorgen. Da muss aber die Stadt mit dem brandenburgischen Bildungsministerium verhandeln.</p>	<p>An den Schulen müssen die baulichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Allerdings wird das nur schrittweise möglich sein, da in viele alte Schulgebäude erheblich investiert werden muss und wir andererseits auch viele neue Schulen bauen müssen. Zur Inklusion gehört es aber auch, die Förderschulkapazitäten abzubauen und immer mehr Kinder in den Regelschulen zu unterrichten. Leider will Potsdam mit dem Bau einer großen neuen Förderschule in der Waldstadt gerade den umgekehrten Weg gehen. Das würde ich gern noch ändern.</p>	<p>Jeder und jede hat ein Recht auf Bildung. Schulen spielen dabei natürlich eine zentrale Rolle – Dort, wo es nötig ist, müssen wir mit den Schulen zusammen überlegen, wie wir Barrierefreiheit nachbessern können. Aber auch hierzu benötigen wir ein entsprechendes Votum der Stadtverordnetenversammlung. Im Alleingang kann ein Oberbürgermeister hier nichts bewirken. Einfache Sprache: Alle Menschen haben ein Recht auf gute Bildung. Gute Schulen sind wichtig. Wir müssen mit den Menschen sprechen, die in den Schulen arbeiten und die Probleme kennen. Das sind die Experten Sie können mir sagen, wie man Schulen barrierefrei machen kann. Aber auch hier müssen die Stadtverordneten entscheiden. Ein Oberbürgermeister darf nicht alleine entscheiden.</p>	<p>Ein gemeinsames Leben in allen Schulen erreichen wir a) indem die Schulen barrierefrei sind und b) durch eine Durchmischung der Bevölkerung.</p>	<p>Die Erstellung eines inklusiven Schulsystems ist eine wesentliche Forderung der UN Behindertenrechtskonvention. Dieser Artikel ist einer der größten Herausforderungen für die Bildungspolitik. Mein Ziel ist es, allen Kindern in Potsdam eine erfolgreiche Bildungsbiografie zu ermöglichen. Die Einflussmöglichkeiten der Landeshauptstadt Potsdam sind hier allerdings begrenzt, weil für die Durchführung, Aufsicht und Gestaltung des Schulwesens das Land Brandenburg zuständig ist. Ich werde mich als Oberbürgermeisterin für die im Lokalen Teilhabeplan formulierten folgenden Ziele konsequent einsetzen: - Jedes Kind wird optimal, unabhängig von der Art und dem Grad der Behinderung gefördert und kann eine Wohn- bzw. arbeitsnahe Kita besuchen. - Alle Kinder und Jugendlichen lernen gemeinsam, wohnortnah und in einer Bildungseinrichtung. - Alle Potsdaminnen und Potsdamer nehmen Diversität als Bereicherung wahr. Die Umsetzung der im Lokalen Teilhabeplan 2.0 genannten Maßnahmen ist für mich dabei richtungweisend.</p>

10. Welche konkreten Maßnahmen – im Einklang mit der von Deutschland ratifizierten Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen – werden Sie hierbei in einem, in zwei und in fünf Jahren umsetzen, insbesondere mit Blick auf die geplanten Neubauten in der WaldstadtSüd?	Hier möchte ich auf die Beantwortung der Fragen 7 und 8 verweisen.	Sollte ich als Oberbürgermeister die Gelegenheit dazu erhalten, werde ich bereits im nächsten und übernächsten Haushaltsentwurf genug Geld einstellen, um die Einzelmaßnahmen des Teilhabplans komplett finanzieren zu können. Das letzte Wort haben aber natürlich die Stadtverordneten, die den Haushalt beschließen. Natürlich will ich den Teilhabplan aber auch fortschreiben. Welche Maßnahmen dann neu geplant und umgesetzt werden, sollen vor allem die Menschen mit Behinderungen und Ihr Beirat entscheiden.	Generell muss bei allen Neuplanungen die Behindertenkonvention Anwendung finden. Einfache Sprache: Es gibt Regeln, an die sich alle halten sollten. Diese Regeln helfen Menschen mit Behinderungen. Bei neuen Häusern gilt das auch.	Sie meinen sicher den geplanten Schulcampus, integriert in die Waldstadt. Es versteht sich von selbst, dass wir Neubauten barrierefrei planen und umsetzen. Auch für die Sportstätten gilt das.	In Bezug auf Neubauten werde ich mich dafür einsetzen, zusätzlich räumliche Ressourcen für Schüler*innen sowie Pädagog*innen zu schaffen und dafür zu sorgen, dass die aktuelle Raumprogrammplanung des Landes entsprechend angepasst wird.
11. Wie können Ihrer Meinung nach insbesondere Kinder und Jugendliche mit Behinderungen aus sozial und/oder ökonomisch schwachen Familien unterstützt werden?	Sozial benachteiligte oder ökonomisch schwache Familien bewältigen ihren Alltag oftmals unter schwierigen sozialen und ökonomischen Bedingungen. Die Integrationsarbeit für ihre behinderten Kinder erfordert viel Kraft. Nicht immer haben diesen Eltern die Möglichkeiten zur Verfügung, um den Kindern trotz der widrigen Bedingungen eine entwicklungsfördernde Erziehung angedeihen zu lassen und tragfähige Beziehungen der Familienmitglieder zueinander zu erhalten. Die Situation sozial benachteiligter Eltern und ihrer Kinder ist vielfach geprägt durch soziale Isolation, mangelndes Selbstwertgefühl und Diskriminierungserlebnisse. In der Folge ziehen sich die Familien eher zurück als dass sie sich Hilfe holen. Hier denke ich müssen wir als Stadt ein Netzwerk von Ärzten, Lehrern und Jugendhilfe aufbauen, diese Kinder bestmöglich zu betreuen und ihre Familien zu unterstützen.	Hier sind meiner Meinung nach niedrigschwelligere Angebote nötig. Viele Möglichkeiten bzw. Hilfen die für die Familien möglich sind, werden aus Unkenntnis, Scham oder weil der Alltag der Familien bereits zu ausgelastet ist, nicht wahrgenommen. Die Stadtverwaltung weiß aber eigentlich, wo sie Menschen mit diesem Hilfebedarf finden kann. Was hindert uns also, hier auf die Betroffenen zu zugehen?	Wir haben in Potsdam zahlreiche Betreuungsdienste, die teilweise städtisch, teilweise privat organisiert sind. Menschen, die in Notlagen geraten, können hier professionelle Hilfe erhalten. Diese haupt- und ehrenamtlichen Helfer verdienen unseren tiefen Respekt. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Betreuungsdienste sich enger miteinander vernetzen – das gilt insbesondere für städtische mit ehrenamtlichen. Eine weitere Professionalisierung unserer Betreuungsdienste liegt – so denke ich – in unserer aller Interesse. Das gilt insbesondere auch für Beratungsangebote für Jugendliche, denn sie sind unsere Zukunft. Einfache Sprache: Es gibt Menschen in Potsdam, die helfen Menschen mit Behinderung. Sie arbeiten für die Stadt. Oder sie arbeiten für private Arbeit*Geber. Viele arbeiten im Ehren*Amt. Ich möchte diesen Helfern helfen. Helfer für unsere Kinder und jungen Menschen mit Behinderung brauchen in Potsdam die Achtsamkeit von uns allen – besonders von ihrem Ober-Bürger-Meister. Denn alle Kinder sind unsere Zukunft.	Durch eine enge Begleitung von Geburt an. Wir haben ein gutes Netz an Hilfen und Hilfsangeboten. Diese müssen im Interesse einer bestmöglichen Entwicklung der Kinder kostenlos für die Eltern sein. Und das Angebot muss niederschwellig und verständlich an die Eltern herangetragen werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist das Kindergesundheitshaus, dessen Entstehung ich persönlich vorantreibe.	Jedes 5. Kind in Potsdam lebt in Armut. Als Oberbürgermeisterin werde ich Beratung und Unterstützung aus einer Hand in den Stadtteilen etablieren. Ich werde die Beratungs- und Unterstützungsangebote aus Schule, Sozial- und Gesundheitsamt, Jugendamt, Bildungs- und Jugendeinrichtungen miteinander verknüpfen. Alle Kinder sollen in den Schulen ein kostenloses gesundes Frühstück und Mittagessen mit sozialpädagogischer Betreuung bekommen.
12. Welche Maßnahmen kann man Ihrer Meinung nach auf kommunaler Ebene ergreifen, um Menschen mit Behinderungen die gleichen Ausbildungschancen für einen Beruf zu ermöglichen?	Ich werde dafür Sorge tragen, dass wir in der Landeshauptstadt Potsdam und in den städtischen Unternehmen mindestens fünf Prozent der Ausbildungsplätze an junge Menschen mit Behinderungen vergeben. Darüber hinaus werde ich bei Einstellungsverfahren darauf achten, dass schwerbehinderte Bewerber bei gleicher Eignung auch wirklich bevorzugt eingestellt werden.	Zunächst müssen Stadtverwaltung und städtische Betriebe selbst mehr Menschen mit Behinderungen ausbilden und einstellen. Darüber hinaus liegt das Problem darin, dass die Suche nach einem Ausbildungsplatz und Arbeit in den letzten 25 Jahren zu einem individuellen Problem gemacht wurde. Die Agentur für Arbeit beschränkt sich inzwischen darauf, ein Kleinanzeigenportal für Ausbildungsplätze zu betreiben. Auch hier müsste die Stadt Potsdam mit eigenen Hilfsangeboten aktiver werden, um den Übergang von der Schule in den Beruf für Menschen mit Behinderungen zu unterstützen. Ich denke der Behindertenbeauftragte der Stadt sollte in die Lage versetzt werden, Probleme nicht nur anzusprechen, sondern auch aktiv anzugehen. Dazu sollte er die entsprechende personelle Ausstattung erhalten.	[s. 11]	Barrierefreiheit meint nicht nur Gebäude, Verkehrsmittel oder Gehwege, sondern auch die persönliche Lebensgestaltung. Ausbildung ist ein wichtiger Bestandteil. Im Potsdamer Leitbild steht: „Diskriminierung und Ausgrenzung haben bei uns keinen Platz“. Inklusion steht als Ziel mit darin. Das gilt auch für Ausbildung. Die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer und die Arbeitsagentur kümmern sich und sind gute Ansprechpartner für Ausbildungsplätze. Auch die Potsdamer Verwaltung bildet Menschen nach ihren Eignungen aus, und nicht nach dem Kriterium, ob sie eine Behinderung haben oder nicht. „Potsdam als weltoffene Stadt hat ein Interesse an Bewerbungen von Menschen mit interkultureller Kompetenz“, steht in jeder Stellenausschreibung. Das kann gut ergänzt werden um „Inklusion“ und „mit oder ohne Behinderungen“, oder? Das Bundesteilhabegesetz regelt schließlich die Rahmenbedingungen.	Die Landeshauptstadt Potsdam nimmt als Arbeitgeberin von Menschen mit Behinderung eine wichtige Vorbildfunktion für andere Arbeitgeber ein. Um für Menschen mit Behinderungen gleiche Ausbildungschancen zu ermöglichen werde ich Führungskräfte für das Thema sensibilisieren und Fortbildungen anbieten sowie sicherstellen, dass kontinuierlich Praktikumsplätze für Menschen mit Einschränkungen in allen Bereichen zu Verfügung stehen. Dieses Vorgehen möchte ich auch bei den kommunalen Unternehmen der Stadt anregen. Außerdem werde ich Maßnahmen zur Ausweitung des Ausbildungsangebotes an verzahlter Ausbildung in der Landeshauptstadt Potsdam und den städtischen Betrieben in Kooperation mit dem Berufsbildungswerk im Oberlinhaus veranlassen. Ebenso werde ich bei der Industrie und Handelskammer sowie der Handwerkskammer dafür werben, dass Betriebe und Unternehmen sich stärker als bisher für die Inklusion öffnen.
13. Welche kulturelle Veranstaltung haben Sie als letztes besucht, an der alle Einwohnerinnen und Einwohner Potsdams gleichermaßen teilnehmen konnten?	Ich besuchte ein Konzert im Nikolaisaal.	Das könnte eine Lesung im Haus 2 im Freiland gewesen sein. Aber ich bin nicht sicher, ob die Toiletten dort für Rollstuhlfahrer*innen geeignet sind und ob die gepflasterte Zuwegung noch für Rollstühle als zumutbar gilt. Falls nicht, war wohl mein Besuch in der Ausstellung des Potsdam-Museums die letzte für alle barrierearm zu erreichende kulturelle Veranstaltung.	Ich war kürzlich auf der Geburtstagsfeier Potsdams am Alten Markt. Ich habe dort insbesondere auch Rollstuhlfahrer gesehen.	Einige! Denn viele Kultureinrichtungen in Potsdam leben Barrierefreiheit. Im Nikolaisaal zum Beispiel achtet man bei Konzerten auf Hörbehinderungen, bei der Feuerwerksinfonie gibt es natürlich Rollstuhlpätze. Das waren die beiden, wo ich als letztes war. Und im Heckentheater des Poetenpacks neben dem Neuen Palais. Auch das ist barrierefrei und macht allen Menschen viel Freude!	Ich gehe häufig und sehr gerne in das Hans-Otto-Theater. Dieses bietet seit 20 Jahren Aufführungen mit Übersetzung in Gebärdensprache an. Insgesamt ist es aber sehr schwierig, auch für andere Arten der Einschränkungen vielfältige und überzeugende Kulturangebote zu entwickeln. Beispielhaft waren die 1. Potsdamer Inklusionstage, die vom 29. April bis 6. Mai dieses Jahres unter der Initiative des Behindertenbeauftragten und des Hauses der Begegnung stattfanden. Hier haben sich Menschen mit und ohne Behinderung eingebracht und ein tolles Kulturprogramm in unterschiedlichen Einrichtungen in Potsdam auf die Beine gestellt. Die Fortführung und Weiterentwicklung der Potsdamer Inklusionstage werde ich als Oberbürgermeisterin auf alle Fälle veranlassen.
14. In welcher Art und Weise werden Sie als Oberbürgermeisterin oder Oberbürgermeister kulturelle Einrichtungen dazu ermutigen, ihr Angebot barrierefrei zu gestalten und bereits laufende Projekte aktiv unterstützen?	Ich bin der festen Überzeugung, dass die Träger unserer kulturellen Einrichtungen für das Thema sensibilisiert sind. Nichtsdestotrotz werde ich den Behindertenbeauftragten, Herrn Richter, beauftragen, eine entsprechende Umfrage bei den Einrichtungen durchzuführen. Über die Ergebnisse werde ich Sie informieren und mit Ihnen gemeinsam Schlussfolgerungen ziehen.	Ich denke es ist selbstverständlich, dass öffentlich Einrichtungen und öffentliche Veranstaltungen barrierefrei zugänglich und erlebbar sind. Diese Erwartungshaltung kann die Stadt immer wieder nur deutlich machen, sei es in Gesprächen oder auch als Bedingung in Fördermittelbescheiden.	Das Thema ist zu wichtig, um leichtfertig zu antworten. Ich werde dieses Thema im Inklusionsgremium gesondert ansprechen. Einfache Sprache: Das ist eine schwere Frage. Damit muss ich mit Menschen reden, die es betrifft. Auch ein Ober-Bürger*Meister braucht Hilfe.	Indem ich jede Gelegenheit nutze, daraufhin zu weisen, dass ich Oberbürgermeister für alle Menschen in dieser Stadt bin und mir das Wohl aller Menschen wichtig ist. Dazu gehört eben auch ganz entscheidend die Teilhabe am städtischen Leben für alle. Ich würde nach meinem Amtsantritt alle Kulturinstitutionen direkt ermutigen, zukünftig noch stärker darauf zu achten, weil es mir wichtig ist.	Hier werde ich die vorgeschlagenen Maßnahmen des Teilhabplans 2.0 zur Umsetzung bringen wie z. B. der „Runde Tisch zur kulturellen Teilhabe“, um Möglichkeiten zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen für die Teilnahme an Kulturveranstaltungen zu erarbeiten. Ebenso analog der Sportbedarfsumfrage eine Bedarfsabfrage zu Kulturangeboten, um mehr über die Bedürfnisse und Wünsche von Menschen mit Behinderungen zu erfahren. Außerdem werde ich Menschen mit Behinderungen die Teilnahme an Konzerten und Veranstaltungen ermöglichen durch die Ausweitung der Theaterangebote mit Gebärdensprachdolmetscher*innen sowie blinden- und sehbehindertengerechter Museums- und Ausstellungsführungen. Wichtig ist mir auch die Bereithaltung von Veranstaltungsinformationen in leichter Sprache. Fordern werde ich auch die Verknüpfung der kulturellen Szene mit den Einrichtungen der Behindertenhilfe.
15. Welche Barrieren müssten Ihrer Meinung nach abgebaut werden, damit Menschen mit Behinderungen ihre Fähigkeiten und Interessen noch aktiver in das kulturelle Leben unserer Stadt einbringen können?	Es gibt sicher noch viele Barrieren im Alltag. Es ist zum Beispiel ein Unding, dass wir seit Jahren in der Sporthochburg kein Geld für inklusive Sportangebote bereitstellen. Bei millionenschweren Ausgaben für den Sport können alle Menschen mit Beeinträchtigung erwarten, dass sie nicht wie bisher zu engagierten Vereinen ins Umland fahren müssen oder noch schlimmer, kein Sport betreiben können. Lebendige Integrationsprojekte wie den Zirkus Montelino werde ich fördern.	Das sollte die Interessenvertretung der Betroffenen dem OBM sagen. Sie werden dazu regelmäßig die Gelegenheit haben. Ich stelle mir vierteljährliche Treffen vor, bei denen konkrete Maßnahmen festgelegt und die deren Umsetzung auch kontrolliert wird.	Es geht um Beteiligung am öffentlichen Leben. Damit ist verbunden von A nach B zu kommen – also: bei wachsender Mobilität muss schnell sichergestellt werden, dass Mobilität mit ÖPNV bei Menschen mit Behinderung möglich ist. Ohne Mobilität keine Beteiligung, und gerade die wollen wir. Einfache Sprache: Der Verkehr, die Straßen – das Leben in Potsdam muss mehr und mehr barriere*frei werden. Denn dann können mehr Menschen Am Leben in Potsdam mit machen.	Ich sehe da in erster Linie die Barrieren im Kopf vieler Menschen, die einfach Berührungängste haben. Es braucht mehr öffentliche Möglichkeiten der Begegnung, zwanglos und locker, um ins Gespräch zu kommen. Und auch eine Plattform auf der man sich dann fachlich austauschen und sich präsentieren kann.	Die Barrieren in den Köpfen der Menschen.
16. Wie können Sie als zukünftige Oberbürgermeisterin oder als zukünftiger Oberbürgermeister die Bedingungen in Potsdam im Bereich Pflege so verbessern oder zur Verbesserung beitragen, das sich sowohl die Pflegedienste/-kräfte und die Empfänger der Pflegeleistungen in einer Atmosphäre des gegenseitigen Respekts und der Würde wiederfinden?	Der Fachkräftemangel, insbesondere im Bereich der Pflege, ist bundesweit dramatisch. Als Ursachen für den Fachkräftemangel in der Pflege sehe ich im Wesentlichen die folgenden Faktoren: unattraktive Arbeitszeiten, schlechte Bezahlung und wenig Aufstiegschancen. Fast alle genannten Problemfaktoren werden allerdings auf der Bundesebene geregelt, so dass sie von einer Kommune kaum wesentlich beeinflusst werden können. Die politische Verantwortung dafür liegt seit Jahren bei CDU und SPD. Auf dieser Ebene kämpfen wir Bündnisgrünen ebenso lange aus der Opposition heraus für Verbesserungen. Eine Ausnahme stellt die Frage der Bezahlung der Pflegekräfte in unserem städtischen Klinikum dar. Hier kann ich als Oberbürgermeisterin im Aufsichtsrat darauf Einfluss nehmen, dass die Entlohnung für die Mitarbeiter angehoben wird und sich so positiv auf die Motivation der Mitarbeiter auswirkt.	In diesem Bereich kann der Oberbürgermeister wirklich einiges bewegen. Als Gesellschaftervertreter der Stadt würde ich die Geschäftsführung des städtischen Klinikums anweisen, im Kommunalen Arbeitgeberverband sofort in die Mitgliedschaft mit Tarifbindung zurückzukehren, alle Beschäftigten auch in den Tochtergesellschaften nach öffentlichem Tarif zu bezahlen und kurzfristig ein Konzept zur Aufstockung des Pflegepersonals auf den Stationen und in der Rettungsstelle vorzulegen. Darüberhinaus würde ich bei der Bewilligung trägerübergreifender persönlicher Budgets nicht so knausern, wie das die Stadtverwaltung nach meinem Eindruck leider derzeit macht. Gern setze ich mich auch dafür ein, dass mehr Wohngemeinschaften wie das Omi- und Ophithaus für Demenzerkrankte entstehen. Hier kann der Oberbürgermeister z.B. bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten helfen.	Würde ist in unserer Zeit nicht nur ein wichtiges Wort, sondern ein personenunabhängiger Wert. Ich werde hart daran arbeiten, dass für Pflegekräfte finanzierbare Wohnungen zur Verfügung stehen. In Potsdam entwickeln sich Digital - Health Studiengänge, auch diese müssen mit der Pflegeproblematik vernetzt werden. Weltweit diskutiert man aktuell über community health nursing. Potsdam ist eine überaus innovative Stadt, so dass ich auch in diese Richtung weiter überlegen will. Einfache Sprache: Würde gilt für alle Menschen. Mir bedeutet das viel. Für Pflegekräfte muss es Wohnungen geben. Das darf nicht teuer sein. Potsdam ist eine moderne Stadt. Die Pflegeausbildung verändert sich. Die Ausbildung muss Pflege mit Computer* Technik verbinden. Pflege braucht auch neue Ideen. Dazu gibt es schon viele Ideen auf der Welt. Dafür muss man offen sein.	Ich setze mich mit Nachdruck dafür ein, den Fachkräfte-Mangel im Bereich der Pflege zu bekämpfen. Das darf nicht teuer sein. Potsdam ist eine moderne Stadt. Die Pflegeausbildung verändert sich. Die Ausbildung muss Pflege mit Computer* Technik verbinden. Pflege braucht auch neue Ideen. Und der Bau von Pflegeeinrichtungen muss immer mitgedacht und geplant werden.	Pflegenotstand bedroht viele Menschen in Potsdam. Die Situation in der Pflege zu verbessern muss ein wichtiges Anliegen der Bundespolitik sein. Als Oberbürgermeisterin werde ich das bestehende Netzwerk „Älter werden in Potsdam“ zu einem Qualitätsverbund ausbauen, um die ambulanten Pflegestrukturen zu stärken. Dazu gehört auch ein „Runder Tisch Pflege“, um zu erfahren, was die Pflegerinnen und Pfleger brauchen, um besser arbeiten zu können. Als Oberbürgermeisterin werde ich mich im Land Brandenburg stark machen, dass Pflegekräfte genauso wie in Berlin bezahlt werden, damit diese nicht abwandern. Respekt und Wertschätzung gegenüber Pflegekräften als auch für zu pflegende Menschen, sind mir sehr wichtig.
17. Was werden Sie konkret unternehmen, um die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen?	Ich möchte generell, dass sich die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und wirksam an Entscheidungen unsere Stadt beteiligen können. Insofern werde ich den Beirat für Menschen mit Behinderungen als Interessensvertretung mit seiner spezifischen Expertise in die Stadtentwicklungsprozesse einbeziehen.	Offen gesagt, mir wäre es lieber, die Betroffenen könnten ihre Vertreter*innen im Beirat für Menschen mit Behinderung direkt wählen, statt sich durch ausgelagerte Personen vertreten zu lassen. Leider haben die Stadtverordneten das erst einmal anders entschieden. Mir wäre es wichtig, dass Menschen mit Behinderung früher an wichtigen Entscheidungen beteiligt werden. Pannen wie beim Bau des Hans-Otto-Theaters waren sicher zu vermeiden gewesen. Andererseits hat sich in den letzten Jahren auch gezeigt, dass der Behindertenbeauftragte und der Beirat gar nicht zu allen Planungen eigene Stellungnahmen abgeben können. Das ist in dem nötigen Umfang durch ehrenamtliche Menschen überhaupt nicht zu bewältigen. Ich würde daher mindestens eine zusätzliche volle Stelle im Büro für Chancengleichheit schaffen, die die Arbeit des Beirates unterstützt.	Ich werde sehr eng mit dem Inklusionsgremium der Stadt zusammenarbeiten und mir regelmäßig berichten lassen. Dabei werde ich das Gremium auffordern, eine Notpriorität zu erstellen, wo wir zu aller erst tätig werden müssen. Leider gibt es hier aus der Vergangenheit der jetzigen Stadtregierung noch Nachholbedarf. Einfache Sprache: Im Inklusions* Gremium sitzen Menschen, die sich Behinderung und Inklusion gut auskennen. Als Ober-Bürger*Meister werde ich mit diesen Vertretern und Vertreterinnen reden. Sie können mir sagen, wo ich anfangen soll. Das hat man früher nicht gemacht.	Konkret werde ich regelmäßige Gespräche mit dem Beirat und dem Büro für Chancengleichheit führen. In den Ausschüssen wird immer ein Vertreter des Beirates sitzen, mit beratender Funktion. In den Fraktionen muss es einen Ansprechpartner geben, an den sich der Beirat wenden kann. Verwaltung und Politik müssen lernen, für Menschen mit Behinderung mitzudenken. Das ist ein Lernprozess, der sich beständig weiterentwickelt.	Bei allen Beteiligungsverfahren, die ich als Oberbürgermeisterin durchführe, werde ich den Beirat für Menschen mit Behinderung mit einbeziehen und auch gemeinsam überlegen, wie über die Beiratsmitglieder hinaus mehr Menschen mit Behinderung für Beteiligungsverfahren gewonnen werden können. Ich werde veranlassen, dass Beteiligungsverfahren so qualifiziert werden, dass sie Menschen mit Behinderungen miteinbeziehen.
18. Würden Sie es unterstützen, Maßnahmen wie die Übertragung der Stadtverordnetenversammlung in Gebärdensprache auszuweiten?	Ja. Hier freue ich mich, wenn Sie aus Ihrer Perspektive der Präsidentin der Stadtverordnetenversammlung Ihre Vorstellungen und Wünsche mitteilen.	Die Sitzungen der Stadtverordneten sind ja aus inklusionspolitischer Sicht eine Katastrophe. Eigentlich passen Rollstuhlfahrer gar nicht in den alten Sitzungssaal, in dem es nur ganz wenige Zuschauerplätze gibt. DIE aNDERE hat durchgesetzt, dass die Sitzungen im LiveStream übertragen werden und auch, dass es demnächst eine Übersetzung in Gebärdensprache dazu gibt. Ich kann mir gut vorstellen, dass im Stadthaus künftig das Internetdolmetschen auch in Gebärdensprache angeboten wird. Die Kosten sind gar nicht so hoch und es könnte vielen Menschen Behördengänge erleichtern.	Die Übertragung der Stadtverordnetenversammlung in Gebärdensprache halte ich für eine sinnvolle Maßnahme, denn direkte Information führt dazu, dass sich auch Menschen mit Hörbehinderungen mehr am politischen Leben beteiligen. Es würde mir als Bürgermeister sehr helfen, wenn sich Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen direkt beteiligen und mit ihrer Expertise helfen, die kritischen Bereiche in Potsdam zu verändern. Einfache Sprache: Wenn die Vertreter über Probleme reden, dann geht das alle an. Es wäre gut, wenn ein Helfer oder eine Helferin für Menschen mit Hör*Behinderung übersetzt. Dann können die Menschen mit Hör*Behinderung ihre Meinung sagen können.	Wenn das Interesse da ist, auf jeden Fall. Wir haben ja jetzt die Möglichkeit geschaffen, nach vorheriger Anmeldung einen Gebärdendolmetscher zur SVV einzuladen. Das würde noch nicht in Anspruch genommen. Aber vielleicht ist die Übertragung der SVV mit Dolmetscher sowieso der bessere Weg zur Teilhabe, weil doch viele von Zuhause aus gucken? Da bin ich dann auf den Beirat, Ihr Wissen und Ihre Informationen angewiesen.	Ja, selbstverständlich.
19. Was kann die Stadt Potsdam Ihrer Meinung nach unternehmen, um die Einwohnerinnen und Einwohner mit Blick auf die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen – insbesondere Frauen, Queers und/oder Menschen mit Migrationshintergrund – zu sensibilisieren?	In Potsdam lebt der Geist der Aufklärung und Toleranz, was im Leitbild der Stadt öffentlich dokumentiert ist. „Die Stadt Potsdam ist eine Stadt der Vielfalt, Chancengleichheit und Toleranz für alle Menschen, unabhängig von Lebensentwurf, Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Glaube, sexueller Orientierung und Einkommen.“ Gelebt wird dieser Geist in städtischen Projekten wie dem „Neuen Potsdamer Toleranzgedikt von 2008“ oder dem Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“. Mir wird es immer darum gehen, dass die Menschen in der Stadt gut zusammenleben, in all ihrer Unterschiedlichkeit von Voraussetzungen, Lebenslagen und Kulturen. Insofern wird das Bündnis auch das Forum sein, in dem wir gemeinsam dafür eintreten, respektvoll miteinander umzugehen.	Diskriminierende Strukturen müssen offen benannt und beseitigt werden. Das kann nur in einem längeren Prozess und unter breiter Beteiligung der Stadtgesellschaft geschehen.	Ich werde auch hier nochmals auf die Wichtigkeit unserer zahlreichen Betreuungsdienste hin. Ich werde mit den Vertretern und Vertreterinnen der Betreuungsdienste undogmatisch und unideologisch eine Bestandsaufnahme vornehmen und dann werden ich entscheiden, wo wir eine zusätzliche Vernetzung und/oder eine weiterführende Professionalisierung benötigen. Einfache Sprache: Bitte sprechen Sie mich an, damit ich ihre Fragen direkt beantworten kann.	Mit gutem Beispiel vorangehen, Themen aufgreifen und klar Position beziehen. Das tun wir ja auch konkret mit dem Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ schon. Und auch mit vielen kleinen Gesten. Ich denke da zum Beispiel an die Fotoausstellung, die kürzlich im Flur des Oberbürgermeisterbereichs gezeigt wurde.	Information und Aufklärung z.B. durch öffentliche Veranstaltungen wie z.B. der Interkulturellen Woche, Straßenfest für Menschen mit Behinderung oder die Frauenwoche spielen bei der Sensibilisierung von Einwohner*innen eine große Rolle. Auch der Beirat für Menschen mit Behinderung, der Seniorenbeirat, der Migrant*innenbeirat sowie das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, die Servicestelle „Tolerantes und Sicheres Potsdam (ToSIP)“ oder das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ leisten wertvolle Arbeit bei der Umsetzung einer diskriminierungsfreien und toleranten Landeshauptstadt Potsdam. Diese Einrichtungen und Initiativen werde ich als Oberbürgermeisterin stärken.
20. Wie würden Sie sich die Zusammenarbeit mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung als Oberbürgermeisterin?	Konstruktiv, offen, transparent, wertschätzend, ergebnisorientiert.	Ich würde regelmäßig ausführliche Gespräche mit dem Beirat führen, dabei klare Vereinbarungen treffen und diese dann auch in der Verwaltung umsetzen.	[s. 19]	Wie schon mehrfach gesagt, ein regelmäßiger persönlicher Austausch (1x im Jahr), wie ich es auch mit den anderen Beiräten praktiziere. Ich würde veranlassen, dass der Beirat nicht nur in den Fachausschüssen vertreten ist, sondern auch im Hauptausschuss. Das gilt natürlich für die anderen beiden Beiräte auch. Das wäre auch ein wichtiger Schritt für mehr Akzeptanz und Teilhabe in der Kommunalpolitik.	Als Oberbürgermeisterin werde ich den Beirat für Menschen mit Behinderung frühzeitig beteiligen, auch im Hinblick auf Zusammenarbeit mit den Beigeordneten und den Führungskräften der Stadtverwaltung. So möchte ich sicherstellen, dass die Stadt über die Situation und Entwicklungen im Bereich der Behindertenarbeit gut informiert ist und Lösungen gefunden werden.